

Riesiges Defizit: Hessens Kommunen fehlen 700 Millionen Euro



© Boris Roessler/dpa

Die Rezession hat die hessischen Städte und Gemeinden erreicht. Der Landesrechnungshof will daher ausufernde Bürokratie verringern und warnt vor einer Krise bei den Krankenhäusern.

Wiesbaden. Es steht finanziell schlecht für Hessens Städte und Gemeinden: „2023 erzielten nur noch 197 der 443 hessischen Kommunen einen Überschuss“, sagte Rechnungshof-Präsident Walter Wallmann am Freitag bei der Vorstellung des Kommunalberichts 2024 in Wiesbaden. Demnach haben die Kommunen ein Minus von 694 Millionen Euro angehäuft.

Rechnungshof-Präsident: „Die denken doch, wir haben sie nicht mehr alle“

Als Gründe für das schlechte Ergebnis nannte Wallmann „strukturelle Probleme“ durch die Rezession und zu hohe Ausgaben der Kommunen, verursacht durch „die liebgewonnenen Standards“, Fachkräftemangel und „bürokratische Kuriositäten“. Fehlende Einnahmen seien nicht das Problem: „Die Einnahmen sind in den letzten zehn Jahren konstant gestiegen und haben sich in diesem Zeitraum nahezu verdoppelt.“ Im vergangenen Jahr betrug sie demnach über 31 Milliarden Euro

(Vorjahr: rund 28,2 Milliarden Euro). Wallmann warnte jedoch davor, Gewerbesteuerereinnahmen als selbstverständlich einzuplanen.

„Wir haben ein Ausgabenproblem“, hielt Wallmann fest. Diese seien noch stärker gestiegen als die Einnahmen und hätten sich auf 32,1 Milliarden Euro erhöht (Vorjahr: rund 28,1 Milliarden Euro). Am meisten schlugen demnach Personalausgaben mit rund 8,5 Milliarden Euro zu Buche. Zurückzuführen sei dies zum einen auf Fachkräftemangel und steigende Komplexität der kommunalen Aufgaben: Teils unzureichend qualifiziertes Personal arbeite ineffizient und sei teuer. Doch auch teils irrsinnig anmutende Verwaltungsvorgänge kosteten die Kommunen viel Geld.

Wallmann stellte ein Beispiel aus Poppenhausen im osthessischen Landkreis Fulda vor: Die Gemeinde hatte eine Förderung von 201.708,36 Euro erhalten, um Wege zu erneuern. In Folge einer softwarebedingten Rundungsdifferenz von fünf Cent musste die Rechnung erneut eingereicht werden. Schätzungsweise habe der Vorgang zusätzliche 1000 Euro gekostet.

„Die denken doch, wir haben sie nicht mehr alle“, sagte der Rechnungshof-Präsident über das fehlende Verständnis für solche Prozesse in der Bevölkerung. Die Förderprogramme müssten vereinfacht werden. Auf Nachfrage, welche konkreten Maßnahmen dafür geplant sein, blieb Wallmann jedoch vage: Er sprach von Digitalisierung und mehr Transparenz. Dem Fachkräftemangel hingegen könne jedoch mit besserer interkommunaler Zusammenarbeit begegnet werden.

Auch Finanzlage der hessischen Kliniken bereiten Rechnungshof Sorge

Sorge bereitet dem hessischen Rechnungshof zudem der zweite Sonderbericht zum Thema kommunale Kliniken. Die bereits vor mehr als zehn Jahren angespannte finanzielle Lage habe sich „in eine Krisenlage entwickelt“: Bereits 2013 habe der Rechnungshof bessere Abstimmung der Krankenhäuser empfohlen, um Ressourcen effizienter einzusetzen. Damit hätten sich bis zu 100 Millionen Euro sparen lassen. Dies sei jedoch nur „ansatzweise“ geschehen und werde nun durch den Fachkräftemangel verstärkt.

Hätten die Kliniken, Träger und das Land die Empfehlungen seit 2013 umgesetzt, hätte sich daraus Einsparpotential von einer Milliarde Euro ergeben, zeigte sich Wallmann überzeugt. Er wiederholte seinen Appell zu besserer Zusammenarbeit der Kliniken mit Unterstützung des Landes. Dem Fachkräftemangel könne beispielsweise mit dem Einsatz von künstlicher Intelligenz begegnet werden.